

Ukraine kann auf langfristige Hilfe vertrauen

Internationale Gemeinschaft verlängert in Ramstein Schutzversprechen – Ampel hält Taurus-Marschflugkörper weiter zurück

Von Gregor Mayntz

■ **Ramstein.** Mögen die beiden Bürgermeister Vitali Klitschko und Kai Wegner auch gerade eine Städtepartnerschaft zwischen Kiew und Berlin unter Dach und Fach gebracht haben, die größere Freude löst in der Ukraine der Name einer anderen deutschen Kommune aus: Ramstein. Denn Ramstein bedeutet regelmäßig neue Zuversicht über die Lieferung dringend benötigter Waffen. Auf dem gleichnamigen US-Luftwaffenstützpunkt in der Pfalz kamen auch an diesem Dienstag wieder die Vertreter von über 50 Staaten in der Ukraine-Kontakt-Gruppe zusammen, um die Unterstützung des von Russland überfallenen Landes zu koordinieren.

Beim mittlerweile 15. Treffen im so genannten „Ramstein-Format“ ist es längst Tradition für die Teilnehmer geworden, nicht mit leeren Händen zu erscheinen. So freute sich US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, als Gastgeber verkünden zu können, dass die M-1 Abrams-Panzer schon bald den ukrainischen Streitkräften zur Verfügung stehen. Und auch Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte ein neues Hilfspaket im Wert von 400 Millionen Euro mit Munitionsnachschub, Winterkleidung und Feldheizungen geschnürt. Wegen einer Corona-Infektion überließ er es seiner Staatssekretärin Sientje Möller, die neuen Zusagen aus Berlin in der Pfalz zu erläutern.

Russland hält Marschflugkörper für Einsatz im Winter zurück

Rustem Umerow, der in Ramstein als neuer ukrainischer Verteidigungsminister erstmals dabei war, hätte sich über eine andere Waffe aus Deutschland noch mehr gefreut: Taurus. Der Marschflugkörper mit mehr als 500 Kilometern Reichweite soll militärische Infrastruktur und Nachschub hinter den russischen Frontlinien ausschalten. Doch die Bundesregierung ist auch nach einem knappen halben Jahr aus der Phase des Abwägens noch nicht herausgekommen. Immer und immer wieder lässt sie prüfen, ob und wie die Reichweite auf ukrainisches Terrain beschränkt werden könnte, ohne dass Bundeswehrsoldaten an der Zielprogrammierung beteiligt sind.

Sicherheitsexperten wie Claudia Major von der Stiftung Wissen-



US-Verteidigungsminister Lloyd Austin (links) begrüßt Rustem Umjerow, Verteidigungsminister der Ukraine, beim fünften Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe auf dem US-Stützpunkt Ramstein. Boris Pistorius (SPD) konnte wegen einer Corona-Infektion nicht teilnehmen.

Foto: Boris Roessler/dpa

schaft und Politik können „nicht verstehen, dass das so lange dauert“. Großbritannien und Frankreich hätten genauso abgewogen wie Deutschland, hätten das Risiko einer Eskalation jedoch schon bald anders bewertet und vergleichbare Marschflugkörper geliefert. Es sei derzeit „sehr beunruhigend“, dass Russland offenbar eigene Marschflugkörper und anderes zurückhalte, um in der bald beginnenden kalten Jahreszeit erneut die zivile ukrainische Infrastruktur zu zerstören. Schon im vergangenen Winter hatte Russlands Präsident Wladimir Putin durch gezielte Angriffe auf Kraftwerke, Wasser- und Stromversorgung versucht, den Widerstandswillen der Ukraine zu brechen.

Deshalb bildete die rechtzeitige Lieferung von Flugabwehrsystemen einen wichtigen Punkt beim Treffen in Ramstein. Deutschland hatte hier mit dem modernen System Iris-T Maßstäbe gesetzt. Die

Ukraine hat inzwischen die Angriffe auf russische Kriegsschiffe verstärkt, um sie von Operationen vor der ukrainischen Küste abzuhalten. Von dort hatte Russland immer wieder Raketen auf ukrainische Stellungen und die Energieinfrastruktur abgefeuert.

Ukraine-Treffen ist ein Signal der Entschlossenheit zur Hilfe

„Russland setzt darauf, dass der Ukraine die Ressourcen ausgehen, und Russland setzt darauf, dass die westlichen Staaten nicht durchhalten“, erläuterte Major. Insofern war das Treffen in Ramstein ein Signal an Moskau, dass die westlichen Ukraine-Unterstützer nicht nur mit der Lieferung kurzfristig benötigter Militärgüter fortfahren, sondern auch zu langfristiger Hilfe übergehen. In die Beratungen kommt mehr und mehr der Aspekt, wie die Ukraine auf ein Sicherheitsniveau gebracht werden kann, das ihr Schutz vor neuen russi-

schon Angriffen bietet – für den Fall einer Verständigung auf ein Kriegsende. Das Treffen zeige die „unerschütterliche Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, der Ukraine bei der Verteidigung ihrer Nation gegen russische Aggression zu helfen“, sagte Austin.

Dazu gehört aktuell etwa die von Belgien angekündigte intensive Ausbildung ukrainischer Piloten an modernen westlichen F-16-Kampffjets. Die Lieferung ist inzwischen für die nächsten Monate und den Beginn des nächsten Jahres vorgesehen und bildete einen weiteren Punkt auf der Liste ukrainischer Waffenwünsche, für deren positiven Bescheid der Westen viele Monate des Abwägens benötigte. Wiewohl Nato-Staaten ukrainische Soldaten bereits seit Jahren in westlicher Verteidigung und Offensive schulen, hielten sie Kampffjets lange zurück, obwohl die nahe Luftunterstützung zum

Nato-Standard erfolgreicher Kriegsführung gehört.

Auch deshalb tat sich die Ukraine schwer, westlichen Erwartungen eines schnellen Vormarschs seiner Truppen bis zum Asowschen Meer gerecht zu werden. Wegen fehlender Waffen und sehr zögerlicher Lieferung hatte Russland Zeit gewonnen, die eroberten ukrainischen Gebiete mit mehreren Verteidigungslinien zu versehen. Dennoch konnte Umerow beim Ramstein-Treffen von anhaltenden Erfolgen der Armee vor allem im Osten und Süden des Landes berichten. „Sie kämpft sich dort sehr langsam, aber sehr systematisch durch“, analysierte Major. Und auch der US-Verteidigungsminister bescheinigte seinem ukrainischen Amtskollegen, „weiterhin stetige Fortschritte“ zu machen. Die mutigen ukrainischen Soldaten brächen durch die stark befestigten Linien.

Kompakt

Massive Vorwürfe gegen Kardinal Hengsbach

■ **Essen/Paderborn.** Die katholische Kirche untersucht Missbrauchsvorwürfe gegen den Gründungsbischof des Ruhrbistums und späteren Kardinal Franz Hengsbach (1910–1991). Das teilten das Bistum Essen und das Erzbistum Paderborn mit. In einem Fall geht es um Vorfälle aus dem Jahr 1954. Das mutmaßliche Opfer hatte sich im Juni 2011 gemeldet und Missbrauch sowohl durch Franz Hengsbach als auch durch seinen 2018 gestorbenen Bruder Paul Hengsbach angezeigt, der ebenfalls Priester war. Die Vorwürfe wurden von der Glaubenskongregation in Rom als „nicht plausibel“ abgewiesen. Das müsse aber „leider deutlich in Frage gestellt werden“, heißt es aus Paderborn.

Hat er im Auftrag von Lukaschenko getötet?

■ **St. Gallen.** Erstmals beschäftigt sich ein Gericht mit möglichen Verbrechen im Auftrag der autoritären Regierung von Alexander Lukaschenko in Belarus. Angeklagt ist Juri Garawski. Vor Gericht in der Schweizer Stadt St. Gallen sagte der 45-Jährige, er sei Mitglied einer Todesschwadron und 1999 bei der Ermordung von drei Oppositionellen dabei gewesen. Im Gericht fiel immer wieder der Name des belarussischen Machthabers Lukaschenko. Garawski (Schreibweise auch Yury Harauski) bezichtigt ihn, die Morde in Auftrag gegeben zu haben.



Foto: Gian Ehrenzeller/KEYSTONE/dpa

Militäreinsatz um die Region Berg-Karabach

■ **Brüssel.** Die Europäische Union hat den aserbaidschischen Militäreinsatz zur Eroberung der auch von Armenien beanspruchten Region Berg-Karabach verurteilt. „Wir fordern ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten und rufen Aserbaidschan auf, die derzeitigen militärischen Aktivitäten einzustellen“, teilte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit. Der Dialog zwischen der aserbaidschischen Hauptstadt Baku und den Karabach-Armeniern müsse dringend wieder aufgenommen werden. Die militärische Eskalation dürfe nicht als Vorwand dienen, um die Abwanderung der lokalen Bevölkerung zu erzwingen. dpa

Im Alter ruhiggestellt oder gut umsorgt?

Neuer AOK-Pflegereport gibt Einblick in regionale Unterschiede bei der Qualität der Versorgung

Von Birgit Marschall

■ **Berlin.** Häufige Ruhigstellungen mit Schlaf- und Beruhigungsmitteln, unnötige Krankenhauseinweisungen am Lebensende oder Einweisungen nur aufgrund von Flüssigkeitsmangel – die Versorgung vieler Pflegeheimbewohner lässt zu wünschen übrig. Zudem gibt es große regionale Unterschiede bei der Qualität der Versorgung. Das zeigt der neue Pflegebericht des Wissenschaftlichen Dienstes der AOK (Wido).

Demnach werden Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland überproportional häufig Schlaf- und Beruhigungsmittel verabreicht. Während dies bundesweit für 7,6 Prozent aller Bewohner zutrifft, kommt dies in Nordrhein-Westfalen und im Saarland bei 10 bis 25 Prozent der Fälle vor, so der Report.

Die Forscherinnen der AOK haben Daten von 350 000 Pflegeheimbewohnern ausgewertet, die für etwa die Hälfte aller Betroffenen in Deutschland stehen. Die letztverfügbaren Daten beziehen sich auf das Corona-Jahr 2021. Die Ergebnisse der Untersuchungen zielten vor allem auf die handelnden Personen vor Ort, die Heimlei-

tungen, das Pflegepersonal, die behandelnden Ärzte und die Kommunen, deren Arbeit künftig deutlich besser verzahnt und abgestimmt werden müsse, erklärten die Autorinnen. Der Pflegebericht ist aber auch für Betroffene, die einen Heimplatz für sich oder Angehörige suchen, eine gute Informationsquelle, um Anhaltspunkte über die Qualität der Versorgung zu gewinnen.

Dem Pflegereport zufolge lag der Anteil der Pflegebedürftigen in Heimen, die 2021 eine problematische Dauerverordnung für Schlaf- und Beruhigungsmittel erhielten, in Westdeutschland deutlich höher als in Ostdeutschland. „Eigentlich sollten pflegebedürftige Menschen maximal vier Wochen mit den untersuchten Schlaf- und Beruhigungsmitteln behandelt werden“, erklärte Antje Schwinger vom Wido. Bei Dauereinnahme drohten unter anderem Abhängigkeit, erhöhte Sturzgefahr und die Entstehung von Angstgefühlen, Depressionen und Aggressionen.

Als weiteres Beispiel nennt der Report Klinikeinweisungen von Demenzzkranken wegen Flüssigkeitsmangel. 2021 hatten im bundesweiten Durchschnitt knapp vier Prozent aller an Demenz erkrankten Bewohnerinnen und Bewohner



Die Versorgung von Pflegeheimbewohnern lässt laut dem neuen AOK-Pflegereport vielerorts zu wünschen übrig.

Foto: Jens Büttner/dpa

von Pflegeheimen einen Krankenhausaufenthalt, der durch unzureichende Flüssigkeitszufuhr verursacht war. In den 20 Kreisen mit den auffälligsten Werten waren es dagegen zwischen 7,5 und 12,5 Prozent der Demenzzkranken. In Bayern, vor allem an der deutsch-tschechischen Grenze, in Niedersachsen, im Süden von Rheinland-Pfalz sowie wiederum in Nordrhein-Westfalen kam das laut Report 2021 am häufigsten vor.

Untersucht wurde auch, wie oft Pflegeheimbewohner in den letzten 30 Tagen vor ihrem Tod noch in ein Krankenhaus eingewiesen wurden. Diese Einweisungen sind in der He-

gel unnötig und werden von den Betroffenen selbst auch häufig nicht gewollt, aber dennoch von Ärzten oder dem Pflegepersonal veranlasst – etwa wenn anderslautende Patientenverfügungen nicht sofort auffindbar waren. Im Durchschnitt kam dies 2021 bundesweit bei 42 Prozent aller Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern vor. Im Vergleich zu 2017 sank die Quote immerhin um fünf Prozentpunkte.

Auch hier gibt es Regionen, in denen diese oft unerwünschte Praxis häufiger vorkommt als anderswo: Während im Saarland jeder zweite Heimbewohner kurz vor seinem Tod noch in eine Klinik eingewiesen wurde, war es in Sachsen nur bei jedem Dritten so.

Über die konkreten Ursachen der Fehlentwicklungen wollten die Wissenschaftlerinnen keine Aussagen machen. Allerdings ist zu vermuten, dass der Mangel an Pflegepersonal ein häufiger Grund dafür ist, dass Menschen ruhiggestellt werden oder ihre persönliche Gesundheit zu wenig beachtet wird. Zudem seien die Verantwortlichen vor Ort unklar. Die Versorgung werde auch zu wenig an der Perspektive der Heimbewohner ausgerichtet. Zudem brauche es ein hohes Maß an Motivation und Engagement, um die Arbeit von Ärzten und Pflegepersonal besser abzustimmen, sagten Antje Schwinger und Sabine Richard vom Wido.

Guterres warnt vor Aufspaltung der Welt

UN-Generaldebatte mit 140 Rednern ist eröffnet

■ **New York.** Angesichts zunehmender globaler Spannungen hat UN-Generalsekretär António Guterres vor einer Aufspaltung der Welt gewarnt. Es gebe tiefe Gräben zwischen den größten Wirtschafts- und Militärmächten, zwischen Ost und West sowie zwischen reichen Staaten und Entwicklungsländern. „Wir nähern uns immer mehr einem großen Bruch der Wirtschafts- und Finanzsysteme sowie der Handelsbeziehungen“, sagte Guterres zum Start der Generaldebatte der UN-Vollversammlung am Dienstag in New York.

Ohne eine Reform der internationalen Institutionen – auch des UN-Sicherheitsrates – könnten Probleme und Interessen nicht wirksam angegangen werden. Der Status quo sei keine Lösung: „Es geht um Reform oder das Zerbrechen“, sagte Guterres. „Unsere Welt gerät aus den Fugen. Die geopolitischen Spannungen nehmen zu. Die globalen Herausforderungen nehmen zu. Und wir scheinen nicht in der Lage zu sein, zusammenzukommen, um darauf zu reagieren.“

Die Vereinten Nationen sind aufgrund der Konfrontation zwischen dem Westen und Russland, der Rivalität zwischen den USA und China sowie den Ungleichheiten

zwischen reichen und armen Gesellschaften zunehmend besorgt – eine Fragmentierung würde die Weltgemeinschaft dysfunktional und Zusammenarbeit weitgehend unmöglich machen.

Guterres appellierte an die Staats- und Regierungschefs, gemeinsam Lösungen zu finden, internationale Strukturen müssten erneuert werden und die gegenwärtige Welt widerspiegeln. „Kompromiss ist zu einem Schimpfwort geworden“, sagte der 74-jährige Portugiese. Es brauche jedoch Staatskunst statt Stillstand – und einen „globalen Kompromiss“.

Ab Dienstag sollten bei der Generaldebatte rund eine Woche lang mehr als 140 Staats- und Regierungschefs Reden halten. Viele von diesen, vor allem aus dem sogenannten Globalen Süden, haben Sorge, dass die Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen könnte. Der 45-Jährige war am Montag zum ersten Mal seit Kriegsbeginn mit Russland persönlich zum größten diplomatischen Treffen der Welt in New York gereist.

Benno Schwinghammer, Christiane Jacke, Jörg Blank, Christina Horsten, Michael Fischer